

Niederweningen, 10. Juli 2017

KR-Nr. 199/2017

ANFRAGE von Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen)

betreffend Zusammenschluss von Abraxas und VRSG

Der Regierungsrat des Kantons Zürich beschloss am 7. Juni 2017, die geplante Fusion zwischen den IT-Dienstleistern Abraxas und der VRSG zu unterstützen. Der Kanton Zürich wäre dann im Besitz von 41.5 % der neu gebildeten Gesellschaft mit insgesamt rund 850 Mitarbeitenden. Die restlichen Anteile gehören dem Kanton St. Gallen zu ebenfalls 41.5% sowie den Gemeinden 17 %. Die Schweiz am Wochenende veröffentliche unter dem Titel «Kanton Zürich kauft Sanierungsfall» am 17. Juni 2017 einen Bericht über die kritische Situation der VRSG. Das Unternehmen ist laut der Berichterstattung und einem darin erwähnten Report in einer gefährlichen Schieflage. Es wurden in den letzten Jahren 9.7 Mio. Franken an Schulden angehäuft. Rückstellungen wurden aufgelöst. Die St. Galler Kantonalbank musste Geld einschiessen, um das Unternehmen zu retten.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Situation der VRSG ein?
2. Wurde bei der VRSG im Rahmen des vom Regierungsrat lancierten Projektes «Crossborder» eine ausreichende due dilligence (Risikoprüfung) durchgeführt und zu welchem Schluss kam diese Überprüfung?
3. Die Geschäftsentwicklung der VRSG in den letzten Jahren ist unbefriedigend. Es drohte eine Sanierung. Werden die bei der VRSG für die heutige Situation verantwortlichen Personen wieder Aufgaben in der neuen Organisation haben?
4. Wie hoch schätzt der Regierungsrat den Aufwand für die Integration der beiden Unternehmen?
5. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, damit die neue Gesellschaft kein Sanierungsfall wird.
6. Wäre eine Sistierung des Zusammenschlusses bis zu einer sorgfältigen Prüfung der Situation eine Option?

Ann Barbara Franzen

199/2017